

Appell der Frauen 2026: Ändert die Iranpolitik! Beendet die Geschlechterapartheid!

Wie Sie den Nachrichten entnehmen konnten, protestieren erneut Iranerinnen und Iranern landesweit gegen das islamistische Regime, das die iranische Bevölkerung seit mehr als 40 Jahren unterdrückt. Die Proteste gehören zu den bisher größten Demonstrationen innerhalb der bisherigen Bewegungen seit 2009.

Doch am 2. Januar 26 kündigte Ali Chamenei, der oberste Führer des Mullah-Regimes, an, ab dem 3. Januar verstärkt gegen die Demonstranten vorzugehen. Was das bedeutet, wissen wir aus dem Vorgehen des Regimes während und nach bisheriger Demonstrationen: Systematische Vergewaltigung, Folter und Massenmord an friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, die gegen das antisemitische, frauenfeindliche und homophobe Regime auf die Straße gehen.

Die mutigen Iranerinnen und Iraner brauchen dringend internationale Solidarität, denn nur der Druck westlicher Regierungen kann sie jetzt schützen.

Daher fordern wir – wie bereits während der vorherigen Proteste – die Bundesregierung auf, endlich ihre Iranpolitik zu ändern! Wir fordern die Bundesregierung auf, Demokratie und Gleichberechtigung, Werte, für die die Bundesrepublik Deutschland steht, auch gegenüber dem iranischen Regime zu vertreten.

Die ersten Schritte sind gemacht, der Snapback-Mechanismus wurde im August 2025 unter anderem von der deutschen Bundesregierung ausgelöst, die wiedereingesetzten Sanktionen zeigen bereits Wirkung und das Kommandozentrum Teherans in Deutschland, das Islamische Zentrum Hamburg, wurde 2024 aufgelöst. **Doch nun sind weitere klare Schritte erforderlich, denn ein Terrorregime nimmt nur Konsequenzen ernst, nicht Worte.**

Um glaubwürdig zu bleiben, muss die Bundesregierung eine Außenpolitik vertreten, die den universalen Prinzipien der Menschenrechte verpflichtet ist. Eine solche Politik ist keine luftige moralische Vorstellung, sondern dient der Rettung von Menschenleben im Iran und der Stärkung der inneren Sicherheit Deutschlands, denn das Regime plant und begeht auch hier Terroranschläge, unter anderem 2022 in Bochum und Essen. Eine konsequente Politik bedeutet, das Regime vor die Wahl zu stellen, Forderungen zu erfüllen oder mit Gegenmaßnahmen belegt zu werden.

Sehr geehrter Bundeskanzler Merz, sehr geehrter Außenminister Wadehul, fordern Sie vom Regime:

Die Zusicherung, nicht gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vorzugehen. Die Freilassung aller Frauen und Männer, die verurteilt wurden, weil sie Gleichberechtigung forderten, die Freilassung aller politischen Gefangenen im Iran. Den Stopp aller Hinrichtungen im Iran.

Die Aufhebung des Kopftuchzwangs.

Die Freilassung aller Europäer mit und ohne doppelte Staatsangehörigkeit, die von dem Regime als Geiseln gehalten werden. Mindestens ein Deutscher ist zur Zeit Geisel des Regimes.

Geht das Regime gegen die Bevölkerung vor, sollte die Bundesregierung die iranischen Botschaften schließen und die diplomatischen Beziehungen auf Geschäftsebene herunterstufen.

Des Weiteren muss die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen der Außenpolitik gegenüber dem iranischen Regime und der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschlands erkennen und dementsprechend handeln:

Die iranischen Revolutionsgarden (IRGC), die eigentlichen Machthaber im Iran und Drahtzieher von Terrorismus im Nahen Osten und in Europa, müssen von der EU auf die Terrorliste gesetzt werden. Die deutsche Bundesregierung sollte im Rat der Europäischen Union für die Listung eintreten, bis diese erreicht ist.

In Deutschland lebenden iranischen Oppositionellen sollte Schutz garantiert werden, Drohungen von Regimeagenten gegen iranische Dissidentinnen und Dissidenten und Jüdinnen und Juden müssen ernst genommen werden.

Sämtliche mit dem Regime verbundene Institutionen müssen geschlossen werden, dazu gehören die Al Mustafa-Institute und mit dem Regime verbundene Banken, die weiterhin in Deutschland operieren.

Wir appellieren an die Bundesregierung, dem iranischen Regime mit konsequenteren Sanktionen zu begegnen und es zu isolieren, solange Geschlechterapartheid im Iran herrscht. Geschlechterapartheid, Antisemitismus und Homophobie müssen international geächtet und diejenigen Kräfte gestärkt werden, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung und Freiheit einsetzen.

**Für #FrauLebenFreiheit, für Demokratie und Menschenrechte,
#UnitedAgainstGenderapartheid**

Mina Ahadi, Frauen und Menschenrechtlerin, Zentralrat der Ex-Muslime

Seyran Ateş, Ibn Rushd-Goethe Moschee

Güner Balci, Autorin und Filmemacherin

Inge Bell, Consultant

Halina Bendkowski

Lydia Bergida, Vorstand WerteInitiative e.V.

Sophie Brüss, Frankfurt University of Applied Sciences

Dr. Verena Buser

Naïla Chikhi, Trägerin des Menschenrechtspreises der Ingrid zu Solms Stiftung, Initiative Migrantinnen für Säkularität und Selbstbestimmung

Mariam Claren

Dorothee Dienstbühl, Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg (HPolBB)

Maryam Giyahchi, Vorsitzende Stadtbund Münchner Frauenverbände

Simone Dinah Hartmann, Gründerin STOP THE BOMB

Gülden Hennemann, Politikwissenschaftlerin, Mitglied im Vorstand der Liberalen Frauen Bayern

Ana Hoffner, Künstlerin

Lala Kaychosrawi, Vorstandsmitglied des Deutschen Komitees der Demokratischen Partei

Kurdistan Iran (PDKI)

Dr. Andrea Livnat, haGalil

Laurence Kirmer, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin

Nicole M. Pfeffer, Vorstand Liberale Frauen Bayern, Vorbildunternehmerin des BMWE

Karoline Preisler, Autorin

Silvia Reckermann, Aktionsgruppe Gleichstellung Bayern (AGGB)

Mirjam Rosenstein, NAFFO - Nahost Friedensforum e. V.

Maral Salmassi, Zera Institute

Neda Soltani, World Liberty Congress

Rebecca Schönenbach, Frauen für Freiheit

Christa Stolle, Frauenrechtlerin

Hannah Wettig, Bündnis 90/Die Grünen

Eva Quistorp, MdEP a.D., Theologin, Frauen für Frieden

Unterstützt von

Volker Beck, Präsident Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.